



Weinbau in Steillagen erhalten

Weinbau in Steillagen erhalten
Besondere Qualitätsanforderungen festlegen
Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstagabend die Änderung des Weingesetzes beschlossen. Dazu erklären der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz-Josef Holzenkamp, und sein Stellvertreter Alois Gerig: "Mit der Änderung des Weingesetzes nehmen wir eine Reihe sinnvoller Neuregelungen vor: Qualitäts- und Prädikatsweine können mit alten Kataster- oder Gewannnamen gekennzeichnet werden, sofern diese Namen in die Weinbergrolle eingetragen wurden. Schaumweine können wieder den Namen eines Landweingebietes tragen. Die Länder erhalten die Möglichkeit, für Weine aus Steillagen und Terrassenlagen besondere Qualitätsanforderungen festzulegen. Durch die neuen Kennzeichnungsmöglichkeiten können deutsche Weine im Wettbewerb mit in- und ausländischen Konkurrenzprodukten noch stärker an Profil gewinnen. Für die Weinwirtschaft schaffen wir so Möglichkeiten, die Vermarktung deutscher Weine zu verbessern. Die differenzierten Bezeichnungen helfen dem Verbraucher, bei Wein oder Schaumwein besser auswählen zu können. Durch besondere Anforderungen für Steillagen- und Terrassenlagenweine soll die Qualität dieser Weine weiter gesteigert werden. Ziel dieser Neuregelung ist es, beim Verbraucher Akzeptanz dafür schaffen, dass sich die schwierigen Produktionsbedingungen für diesen Wein im Preis widerspiegeln. Die Neuregelung soll dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit des Steillagenweinbaus zu verbessern und seinen Erhalt zu fördern. Der Steillagenweinbau ist nicht nur für die Pflege der gewachsenen Weinbaukulturlandschaft an Mosel, Neckar und Main unverzichtbar, sondern darüber hinaus auch für den Tourismus von großer Bedeutung. Um den Weinbau in Deutschland langfristig zu sichern und um insbesondere den Steillagenweinbau zu erhalten, befürwortet die CDU/CSU, den in der EU bestehenden Anbaustopp für Reben zu verlängern. Eine Aufhebung des Anbaustopps in Europa würde dazu führen, dass die Produktion steigt und das Einkommen unserer Winzer massiv unter Druck gerät. Um die Existenz der überwiegend kleinen und mittelständischen Familienunternehmen nicht zu gefährden, ist die Bundesregierung gefordert, ihren richtigen Kurs beizubehalten und in Brüssel für eine Verlängerung des Anbaustopps einzutreten." Kontakt: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-52267
Telefax: 030/227-56115
Mail: fraktion@cducsu.de
URL: <http://www.cducsu.de>

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.